

Herrn
Präsidenten des Bundesrates
Josef Saller
Parlament
1017 Wien

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 3133/J-BR/2016 betreffend Lebenssituation von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans* und inter* (LSBTI) Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die die Bundesräte Mag. Dr. Ewa Dzedzic, Kolleginnen und Kollegen am 10. März 2016 an mich richteten, wird wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Soweit es den Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Frauen anbelangt, werden Informationen aus internationalen und nationalen Studien sowie durch Gespräche mit Expertinnen und Experten gewonnen. Diesbezüglich wird ua. auf folgende Quellen hingewiesen:

- Publikationen der Europäischen Kommission, der Europäischen Grundrechteagentur, des Europarats
- Publikationen und Informationen der WAST
- Publikationen von LGBTI-zivilgesellschaftlichen Organisationen in Österreich und der EU
- Fachspezifische Tagungen, zuletzt ua zu LGBTI Aktionsplänen, Intersex, LGBTI in der Bildung
- Netzwerk der European Governmental LGBT Focal Points
- Jährliches IDAHO-Forum
- Regelmäßiger Dialog mit NGOs

Die Anerkennung vielfältiger Lebensweisen und der umfassende Schutz vor Diskriminierung sind mir als Frauen- und Bildungsministerin besondere Anliegen.

Für effektive Maßnahmen und Strategien ist ein fundiertes Wissen über die spezifischen Situationen und Bedürfnisse unumgänglich. Derzeit liegen für Österreich nur wenige fundierte Daten über die Lebenssituation der LGBTI-Personen, insbesondere auch für Jugendliche, vor.

Es ist davon auszugehen, dass die Situation in der Großstadt Wien für die gegenständliche Personengruppe nicht mit dem „ländlichen Gebiet“ vergleichbar ist und zudem auch ein Ost-West-Bundesländergefälle besteht. Eine bundesweite, verlässliche Grundlage zur Analyse von Bedarf und zukünftigen Maßnahmen bzw. Strategien zur Diskriminierungsbekämpfung wäre wünschenswert und wurde zuletzt ua. auch von der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) von Österreich gefordert.

Minoritenplatz 5
1010 Wien
Tel.: +43 1 531 20-0
Fax: +43 1 531 20-3099
ministerium@bmbf.gv.at
www.bmbf.gv.at

DVR 0064301

Aufgrund der engen budgetären Rahmenbedingungen sowie der Zuständigkeiten verschiedener Ressorts zu unterschiedlichen Teilbereichen der LGBTI-Agenden ist jedoch eine Konzipierung und Beauftragung einer solchen umfassenden Studie allein durch das Bundesministerium für Bildung und Frauen derzeit nicht möglich.

Zu Frage 2:

Ja, zumal diese allgemein abrufbar unter <http://www.dji.de/index.php?id=43441> ist.

Zu Frage 3:

Für den Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Frauen ist auch aufgrund des engen budgetären Spielraums eine Beauftragung der angesprochenen Art derzeit nicht geplant.

Zu Fragen 4 und 5:

Es wird darauf hingewiesen, dass die Erstellung und die Vorlage des sogenannten „Jugendberichts“ an die gesetzgebende Körperschaft nicht in den Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Frauen fallen.

Zu Fragen 6 und 7:

Im Zusammenhang mit der Thematik „Nationale Strategie zur schulischen Gewaltprävention: Schwerpunkt Bullying in der Schule“ ist im Bildungsbereich ein diesbezügliches Expertinnen- und Expertengespräch geplant. Dabei wird auch die Situation von LGBTI-Jugendlichen reflektiert werden – „Bullying und erhöhtes Suizidrisiko von LGBTI“.

Die Beratungsstelle Courage, mit den Standpunkten Wien, Graz und Innsbruck, erhält seit Jahren Subventionen aus den Frauenprojektfördermitteln. Diese Stellen bieten ua. Unterstützungen für LGBTI-Jugendliche und junge Erwachsene an. Ab 2016 wird zudem auch der Courage-Standpunkt in Salzburg gefördert.

Informationen und Beratungen für lesbische Frauen (ab 14 Jahren) bieten auch die aus dem Frauenbudget geförderten Autonomen Frauenzentren in Linz und Innsbruck an.

Im Rahmen meiner Möglichkeiten werde ich selbstverständlich auch weiterhin bemüht sein, entsprechende Angebote für die genannte Personengruppe zu unterstützen.

Wien, 10. Mai 2016
Die Bundesministerin:

Gabriele Heinisch-Hosek eh.

